

## **Antrag**

**der Fraktion der Bayernpartei**

**betr. Europäisches Abkommen über gebührenfreie  
Benutzung der staatlichen Verkehrsmittel.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um mit den Regierungen anderer europäischer Staaten zu einem Abkommen zu gelangen, demzufolge den Mitgliedern der Gesetzgebenden Körperschaften die gebührenfreie Benutzung der staatlichen Verkehrsmittel auf der Grundlage der Gegenseitigkeit als Ausdruck der gesamteuropäischen Solidarität gewährt wird.

Bonn, den 18. Oktober 1951

**Dr. Etzel (Bamberg) Dr. Besold Dr. Fink  
Dr. Decker und Fraktion**